

der sozialistischen Staaten. Die SED unterstreicht die überaus bedeutende Feststellung des XXIII. Parteitages der KPdSU, daß die wirtschaftliche Zusammenarbeit der Länder des Sozialismus eine neue Stufe erreicht hat. Dies weist dem Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe objektiv die höhere Aufgabe zu, durch rationelle Abstimmung der Volkswirtschaftspläne, durch die Konzentration der Kräfte auf die Lösung entscheidender Aufgaben von Forschung, Entwicklung und Produktion in den ausschlaggebenden Wirtschaftszweigen mit den Erfordernissen der wissenschaftlich-technischen Revolution unserer Zeit Schritt zu halten und im ökonomischen Wettbewerb mit dem Kapitalismus schneller voranzukommen. Auf diese Weise können die sozialistischen Länder allseitig die Überlegenheit im Tempo der ökonomischen Entwicklung beibehalten und verstärken und die Vorzüge der sozialistischen Produktionsweise gemäß den nationalen und internationalen Interessen der sozialistischen Länder nutzen.

Die Beschlüsse des XXIII. Parteitages über die weitere Festigung des sozialistischen Verteidigungsbündnisses der Staaten des Warschauer Vertrages entsprechen den Lebensinteressen der Deutschen Demokratischen Republik und der Sicherung des Friedens in Europa. Angesichts der Zuspitzung der internationalen Lage und der Zunahme der Kriegsgefahr empfindet die SED um so tiefer die Verpflichtung, die notwendigen politisch-moralischen und materiellen Maßnahmen zur Stärkung der Verteidigungskraft des ersten deutschen Friedensstaates stets auf dem erforderlichen Niveau zu halten.

In diesem Zusammenhang lenkt die SED die Aufmerksamkeit der Arbeiterklasse, der Bauern, der Intelligenz und des patriotisch gesinnten Bürgertums in Westdeutschland auf die ernste Feststellung im Rechenschaftsbericht des Zentralkomitees der KPdSU, wonach Westdeutschland infolge der aggressiven Politik der imperialistischen Kräfte und der Herausbildung der Achse Washington-Bonn heute zum zweiten Herd der Kriegsgefahr in der Welt nächst Vietnam geworden ist. Die nachdrücklichen Warnungen des XXIII. Parteitages der KPdSU an die Adresse Westdeutschlands, vor allem seiner herrschenden Kreise, sollten von allen Bürgern der westdeutschen Bundesrepublik beherzigt werden. Diese Warnungen wurden notwendig, weil die Bonner Regierung die Revanchepolitik und das Wettrüsten in außerordentlicher Weise verschärft. Darüber lassen sich die Völker auch nicht durch die von der Bonner Diplomatie in jüngster Zeit betriebene Friedensdem-